

Europa-Universität Viadrina
Juniorprofessur Europa-Studien
Dr. Timm Beichelt
Postfach 1786
15207 Frankfurt/Oder
Tel. +49 – 335 – 5534 2537
beichelt@euv-frankfurt-o.de

Herrschaftskultur. Symbolisierung von Politik am Beispiel der bundesdeutschen Außenpolitik

Beitrag zum Sammelband "Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft",
herausgegeben von Birgit Schelling

1. EINLEITUNG	2
2. HERRSCHAFTSKULTUR: KONZEPT	4
3. HERRSCHAFTSKULTUR AM BEISPIEL DER BUNDESDEUTSCHEN AUBENPOLITIK	7
4. AUSBLICK: ANWENDUNGSBEREICHE DES KONZEPTS FÜR DIE VERGLEICHENDE POLITIKWISSENSCHAFT	13
5. LITERATUR	16

1. Einleitung

Wenn im deutschsprachigen Raum Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft betrieben wird, handelt es sich in der Regel um eine Wissenschaft abseits des *mainstream*. Anders als in der Geschichtswissenschaft oder erst Recht der Anthropologie ist der *cultural turn* der Geistes- und Sozialwissenschaften in der deutschen Politologie nicht ausgiebig diskutiert und daher erst recht nicht vollzogen worden. Einige der in diesem Zusammenhang relevanten Theoreme, dass z.B. öffentliche Diskurse als Repräsentation von Machtverhältnissen gelten müssen und dass soziale Interessen und Regeln einer stets zu hinterfragenden kulturellen Kontingenz unterliegen, wurden in der etablierten Politikwissenschaft lediglich punktuell beachtet.

Die "kulturalistische" Politikwissenschaft liegt häufig auf der traditionellen Linie der *Cultural Studies*, nämlich der kritischen Aufarbeitung des Geschehens im öffentlichen Diskurs. Ein wichtiger Schwerpunkt liegt in der Tradition des *Center for Contemporary Cultural Studies* der Universität Birmingham auf der Populärkultur und setzt sich mit der Frage auseinander, wie diese politische Entscheidungen und Entwicklungen beeinflussen kann (Bromley/Göttlich/Winter 1999; Winter 2000). Ein weiterer Zweig beschäftigt sich mit den Massenmedien als Träger kulturell relevanter Bedeutungen. Die Medien, insbesondere das Fernsehen, werden dabei kritisch auf ihre Rolle bei der politischen Meinungsbildung hinterfragt (Dörner 2001; Meyer 2001). Letztlich finden die einschlägigen Diskurse jedoch in eingegrenzten Zirkeln statt und sind in Deutschland innerhalb der organisierten Politikwissenschaft vergleichsweise marginalisiert.

In der internationalen Diskussion hat "Kultur" als sozialwissenschaftliche Kategorie dagegen in den letzten Jahren auf breiter Ebene Beachtung gefunden. Die Rede von den *families of nations* beispielsweise setzte voraus, dass kulturelle Eigenarten von Gesellschaften die *outcomes* in verschiedenen Politikfeldern maßgeblich beeinflussen (Castles 1993). Ganze *public policies* sind damit im Rahmen der kulturellen Einbettung der Entscheidungssysteme zu interpretieren (Castles 1998). Auch in der Transformationsforschung wird systematisch untersucht, inwiefern bestimmte kulturelle Determinanten die Verfestigung demokratischer Regimes begünstigen können (Ash 1999/2000; Inglehart 2000). In der ökonomischen Transformationsforschung räumen standhafte Vertreter des *Washington Consensus* die Relevanz kultureller Faktoren für das Funktionieren marktwirtschaftlicher Institutionen ein und verlassen damit langumkämpfte Bastionen (Sachs 2000). Manche Politikwissenschaftler gehen sogar so weit, die gesamte Varianz der Ergebnisse von politischen und ökonomischen Transformationen auf den Faktor Kultur zurückzuführen (Lipset 1992; Landes 2000).

Hierbei handelt es sich insofern um eine vom kulturalistischen Ansatz zu unterscheidende Tendenz, als Kultur als erklärende Kategorie verwandt wird. Vertreter einer kulturalistischen Politikwissenschaft sehen Kultur nicht als (eine) Erklärungsvariable (unter vielen anderen). Kultur ist bei diesen – zu nennen wären etwa Mary Douglas, Murray Edelman oder Aaron Wildavsky – keine Variable, sondern stellt vielmehr dem Kontext dar, in dem sich gesellschaftliches Leben abspielt. Kulturalistische Politikwissenschaft ist von ihrem Programm ebenso wie von ihren Vertretern stark anthropologisch oder kultursoziologisch geprägt;

Kultur verschmilzt mit der sozialen Realität und lässt sich daher nicht analytisch abtrennen. Es geht der kulturalistischen Politologie nicht um kulturell angereicherte Erklärungsmodelle, sondern um "Kulturtheorie als Politikwissenschaft" (Thompson/Grendstad/Selle 1999).

Mit dem folgenden Beitrag soll ein Konzept vorgestellt werden, welches kulturelle Faktoren im Gegensatz zur kulturalistischen Politikwissenschaft schlussendlich erklärend verwendet. "Herrschaftskultur" (Beichelt 2003) bezeichnet ein symbiotisches Wechselverhältnis zwischen Regierenden und Regierten. Auf der einen Seite beziehen sich Regierende bei ihren Handlungen auf ein (u.a. kulturell geprägtes) Herrschaftsverständnis der Regierten. Auf der anderen Seite sehen sich die Regierten einem (u.a. kulturell geprägten) Herrschaftsverständnis der Regierenden gegenüber. Eine Grundüberlegung dabei lautet, dass weder Regierende noch Regierte über einen unmittelbaren Zugriff auf den Handlungs- und Verständnishorizont der anderen Seite verfügen. Da Kommunikation in Massendemokratien nicht direkt stattfinden kann, muss die Verständigung vielmehr über Symbole stattfinden; Symbole, die sich ihrerseits nicht im luftleeren Raum etablieren, sondern in Kommunikationsräumen mit jeweils bestimmbareren Machtverhältnissen entstehen.

Hier soll es jedoch nicht in erster Linie um die Frage gehen, wer Kommunikationsströme zu beeinflussen in der Lage ist und damit unter bestimmten Umständen *agenda setting* betreiben kann. Vielmehr soll überlegt werden, welche Faktoren auf das Herrschaftsverständnis von Regierenden und Regierten einwirken. Welche Dimensionen müssen beachtet werden, um zu einer Einschätzung darüber zu gelangen, wie sich die Regierenden auf die Regierten (und umgekehrt) beziehen? Begrifflich soll dabei eine Unterscheidung getroffen werden, die die gegenläufigen Bezugsverhältnisse von Regierenden und Regierten markiert: Regierende beziehen sich auf das *Herrschaftsverständnis* der Regierten, während sich die Regierten auf das *Handlungsverständnis* der Regierenden beziehen. In beide Richtungen handelt es sich um ein Herrschaftsverhältnis im Sinne Max Webers, nämlich (aus Sicht der Regierenden) die "Chance [...], für [...] Befehle bei einer angebbaren Gruppe von Menschen Gehorsam zu finden" (Weber 1980 (1921): 122).

Um mithilfe von Symbolen zu kommunizieren, sind sowohl Regierende und Regierte auf Interpretationsleistungen angewiesen. Die Summe dieser Interpretationsleistungen lässt sich als Kultur bezeichnen: Soziale und historische Gegebenheiten werden zu Symbolen verdichtet, auf die sich die Individuen einer Gesellschaft beziehen. Kultur ist damit definiert als Ansammlung individueller Interpretationssysteme im Hinblick auf intersubjektiv geteilte Symbole. Handelt es sich um politisch relevante Symbole, wird aus der Alltagskultur Herrschaftskultur.¹

Bei alledem wird ein semantischer Symbolbegriff verwandt, mit dem von etwas Wahrnehmbaren (einem Sinnbild) auf etwas nicht Wahrnehmbares (einen Sinngehalt) verwiesen wird. Dahinter steht im Sinne Ernst Cassirers die Grundeinsicht, der Mensch erfasse die Wirklichkeit nicht an sich, sondern über

¹ Damit ergibt sich die Formel: Kultur (x Herrschaft) = (soziale + historische) Wirklichkeit x Symbolisierung x Interpretation (x Herrschaft).

symbolische Formen in Gestalt von Sprache, Mythos und Kunst (Cassirer 1990).² In kommunikativen Austauschbeziehungen muss die Symbolebene damit insbesondere dann beachtet werden, wenn Sinnbilder über unerwartete oder vielfältige Sinngehalte verfügen. Ein Beispiel zeigt dies. Distinguierte Verhaltensweisen einzelner Individuen können für sich stehen, verweisen aber gleichzeitig symbolhaft auf die feinen Unterschiede gesellschaftlicher Gruppenzugehörigkeit (Bourdieu 1982): Gewerkschaftsführer können es sich kaum erlauben, ihren in Funktionärs- und Aufsichtsratsämtern erarbeiteten Wohlstand offen zu zeigen, ohne das reibungsfreie Verhältnis zur Basis zu gefährden. Ein anderes Beispiel: Gerhard Schröder vermeidet es, sich beim Herabsteigen von Treppen ablichten zu lassen (Niejahr/Pörtner 2002: 80). Da die Treppe in Krisenzeiten leicht für den Weg nach unten stehen kann, wird sie im Hinblick auf ihren möglichen Sinngehalt gesehen. Beispiele dieser Art lassen sich im Raum symbolischer Kommunikation in beinahe unendlicher Zahl finden.

2. Herrschaftskultur: Konzept

Auf der einen Seite des Modells der Herrschaftskultur stehen die Regierten.³ Diese pflegen in verschiedenen Dimensionen Beziehungen zu den Regierenden bzw. zum politischen System insgesamt. In dem Modell werden mit der "Soziokultur" und der "Deutungskultur" zwei verschiedene Ebenen unterschieden. Die Unterscheidung geht auf Karl Rohe zurück, der Deutungskultur als "Metakultur" der Soziokultur sieht: Auf der Ebene der Deutungskultur entstehen die Ideen, die hinterher auf der Ebene der Soziokultur in verfestigter Form als Einstellungen die Beziehungen der Regierten zu den Regierenden prägen (Rohe 1994: 170).

Die Soziokultur weist damit deutliche Analogien aus zum klassischen Konzept der politischen Kultur, mit dem Gabriel Almond und Sidney Verba die Einstellungen der Bevölkerung auf einer kognitiven, affektiven und evaluativen Dimension erfassen (Almond/Verba 1963). Für Varianzen bei den Einstellungsmustern werden Sozialisationsinstanzen verantwortlich gemacht: Familie, Schule, religiöse Institutionen, Berufs-, Schicht- und statusrelevante Faktoren sowie Massenmedien, Interessengruppen, politische Parteien und Regierungsstrukturen. Im Zusammenspiel all dieser Faktoren entstehen politische Weltbilder, denen üblicherweise innere Kohärenz und eine gewisse Stabilität unterstellt wird.

Selbst wenn die Fundamente von politischen Weltbildern als dauerhaft erachtet werden (zur Kritik an dieser Annahme siehe Pollack/Wielgohs 2000), befinden sie sich doch in einem ständigen Prozess der Umdeutung. Dies liegt zum einen am sozialen Wandel. Dadurch verändern sich Determinanten des politischen Systems,

² Angeführt sei eine Passage aus Cassirers "Versuch über den Menschen": "Der Mensch [...] lebt nicht mehr in einem bloß physikalischen, sondern in einem symbolischen Universum. [...] So sehr hat er sich mit sprachlichen Formen, künstlerischen Bildern, mythischen Symbolen oder religiösen Riten umgeben, dass er nichts sehen oder erkennen kann, ohne dass sich dieses artifizielle Medium zwischen ihn und die Wirklichkeit schöbe" (Cassirer 1990: 50).

³ Weite Teile dieses Kapitels – bei einigen Straffungen und Änderungen – gehen zurück auf Beichelt (2003).

die Einstellungen dazu ändern sich mit, und entsprechend haben sich auch die Regierenden mit den sich wandelnden Gegebenheiten abzufinden. Zum anderen sind offene Gesellschaften "von außen einströmenden Sinn- und Deutungsangeboten" (Rohe 1987: 43) ausgesetzt, die Einstellungen auch bei einem stabilen politischen System verändern können.

Der Impuls zur (Um)deutung von Einstellungen geht damit von der Ebene der Deutungskultur aus. Die Deutungskultur einer Gesellschaft ruht auf dem Fundament der Soziokultur. Soziokultur ist vergangene Deutungskultur: "Ursprünglich kontroverse Themen der Deutungskultur wandern in den Bereich der Soziokultur, um dort zumindest eine zeitlang als fraglos Hingenommenes zu existieren" (Rohe 1994: 170). An Gewicht innerhalb der großen Vielfalt an Einstellungen gewinnt das Konzept der Deutungskultur damit in Zeiten raschen sozialen Wandels und/oder eines hohen Grades gesellschaftlicher Offenheit. Gerade dann weichen soziokulturell verfestigte Symboldeutungen auf, und politische Kulturen befinden sich in einer Umdeutungsphase.

In modernen Demokratien nehmen sowohl innerhalb der Sozio- wie auch der Deutungskultur politische Institutionen einen besonderen Rang ein. Auf der einen Seite stellen Institutionen "geronnene" Gebilde (Pfetsch 1985: 10) dar, um die sich Soziokulturen etabliert haben (z.B. die auf Sozialisation zurückgehende Perzeption des Präsidentenamtes auf Seiten der Bevölkerung). Solche Institutionen sind dann feste Bezugspunkte der Soziokultur. Auf der anderen Seite sind Institutionen irgendwann entstanden und bilden damit die Herrschafts- und Machtstrukturen zu einem bestimmten Entstehungszeitpunkt ab. Während dieses Entstehungszeitraums sind Institutionen Bestandteile der Deutungskultur, etwa wenn Präsidenten die neu geschaffenen Institutionen erstmals mit Bedeutung ausfüllen und damit unhintergehbare Bezugspunkte schaffen (z.B. George Washington, Charles de Gaulle, Lech Wałęsa). Institutionen sind damit Bestandteile des werdenden und geronnenen Herrschaftsverständnisses zugleich. Richten sich die Interpretationsprozesse der Regierten auf Institutionen, kann es sich sowohl um (deutungskulturelle) Symbolisierungsprozesse wie auch um (soziokulturelle) Symbolverständnisse handeln.

Die Regiertenseite des Modells der Herrschaftskultur wird von der linken Hälfte des folgenden verdeutlichenden Schaubildes abgedeckt: Das Herrschaftsverständnis der Regierten wird von zwei Ebenen der politischen Kultur, der Soziokultur und der Deutungskultur bestimmt. Im politischen Raum bezieht sich das Herrschaftsverständnis der Regierten auf die Regierenden. Diese wiederum pflegen ein Handlungsverständnis, das sich auf verschiedene Faktoren gründet: auf die soziale Herkunft (Elitenrekrutierung), auf die (verfestigte) institutionelle Ordnung, auf Erfahrungen mit den Reaktionen der Regierten auf politische Maßnahmen und auf öffentliche Diskurse.

Schaubild 1: Das Modell der Herrschaftskultur

<i>Regiertenseite</i>		<i>Regierendenseite</i>
	<i>Raum für symbolische Kommunikation</i>	

Soziokultur: Einstellungen aufgrund von Sozialisation						Umstände der Elitenrekrutierung
Deutungskultur: Einstellungen im Verhandlungsstadium	→	Regierte:	→	Regierende:	←	Institutionelle Ordnung
	→	Herrschaftsve- rständnis	←	Handlungsver- ständnis	←	Vergangene Reaktionen der Regierten auf Politik
	→		→		←	
			←		←	Öffentliche Diskurse

Das Handlungsverständnis speist sich also aus vier Quellen. Bei der Elitenrekrutierung handelt es sich erstens um ein in einzelnen Herrschaftsräumen empirisch zu belegendes Phänomen (siehe z.B. Denni 1993; Döring 1999; Rudzio 2000: 511ff.). Es bestehen verschiedene theoretische Ansätze, die Rekrutierungsmechanismen der Regierenden zu erfassen, z.B. das System der "Machteliten" mit der Bürokratie als wichtigstem Bestandteil eines prinzipiell offenen Machtsystems (Mills 1962) oder die tendenziell geschlosseneren "politische Klasse", die vor allem durch Konkurrenz zwischen Elitensegmenten – Partei gegen Partei, Regierung gegen Parlament, Ministerium gegen Ministerium etc. – geprägt ist (Beyme 1993). So oder so sind moderne Demokratien in ihrer Elitenrekrutierung häufig durch Aufstiegskanäle für Spezialisten und Berufspolitiker geprägt; allein dadurch unterscheidet sich das Handlungsverständnis der Regierenden sozialisationsbedingt deutlich vom Herrschaftsverständnis der Regierten.

Die institutionelle Ordnung stellt den zweiten Quell des Handlungsverständnisses dar. In der Regel, außer in Zeiten umfassender Systemtransformation, sind die Grunddeterminanten von Institutionenordnungen als stabil anzusehen. Dennoch haben Regierende eher einen Zugriff auf Institutionen als die Regierten und sehen diese in ihrem Handlungsverständnis eher als veränderbar an. In vielen politischen Entscheidungen wird das institutionelle System auf inkrementelle, d.h. nicht grundlegende Weise modifiziert. Aus Sicht der Regierenden sind daher vielleicht die Grunddeterminanten eines Institutionensystems in selbem Maße "geronnen" wie für die Regierten. Im Kleinen jedoch entspricht es dem Handlungsverständnis fast aller Regierenden, durch institutionelle Feinjustierungen erwünschte Ergebnisse von Politik zu erreichen. Unterschiedliche Institutionalierungsgrade, aber auch unterschiedliche Typen von Institutionensystemen führen zu national deutlich unterscheidbaren Handlungsverständnissen im Bezug auf Institutionen. Die Änderung von Rahmenbedingungen kann dabei den Spielraum zu institutionellen Reformen entscheidend beeinflussen.

Fast selbstverständlich gehören drittens vergangene Reaktionen der Regierten auf politische Maßnahmen zum Bewusstseinshorizont der Regierenden. Eigens aufgeführt wird dieser Punkt vor allem deshalb, um den historischen Tiefencharakter des Modells der Herrschaftskultur zu unterstreichen. Nicht nur der Blick auf Einstellungsumfragen – die Repräsentation der Soziokultur –, sondern auch Erfahrungen mit "typischem" Regiertenverhalten, z.B. bei Wahlen in der Vergangenheit, prägen das Handlungsverständnis in ganz entscheidender

Weise. Dabei müssen Politiker mitunter auch in Kauf nehmen, dass sich die Regierten vordergründig oder tatsächlich widersprüchlich verhalten. Über die Zeit gesehen bekommen Reaktionen auf Politik den Charakter von Ritualen. Da die Offenheit von Gesellschaften ein relativ neues Phänomen ist, haben diese Rituale in einigen Bereichen einen deutlich gesellschaftsspezifischen Charakter – man denke etwa an das unterschiedlich ausgeprägte Streikverhalten in Reaktion auf staatliches Handeln (Armingeon 1994).

Viertens orientiert sich das Handlungsverständnis der Regierenden in ähnlicher Weise wie das Herrschaftsverständnis der Regierten an der Deutungskultur. Vielleicht stärker noch als beim Herrschaftsverständnis schauen politische Akteure auf politische Diskurse (die nur einen Teil der Deutungskultur ausmachen). Besonders in Krisenzeiten haben Politiker Anlass, Ideenanstöße im politischen Diskurs zu suchen. Mit dem Verweis auf Diskurse kann politisches Handeln aber auch gerechtfertigt werden.

Im Paradigma der Mediendemokratie müssen mindestens Spitzenpolitiker verdeutlichen, dass sie den Grundmustern der Deutungskultur folgen, um nicht mittelfristig Legitimationseinbußen hinnehmen zu müssen: deutsche Politiker sind sich wahrscheinlich des Reformbedarfs der Sozialsysteme bewusst, sie kennen aber auch den sozialprotektiven Konsens der deutschen Öffentlichkeit (Kitschelt/Streck 2003). In diesem Bereich wird dann tatsächlich die "kulturalistische" Frage relevant, wer und unter welchen Bedingungen politische Themen setzen und Diskursströme zu beeinflussen in der Lage ist (klassisch Habermas 1962). Bis zu einem gewissen Grad sind es natürlich auch die Regierenden selbst, die Deutungskultur ihrerseits bestücken können. Unter anderem in der Medienforschung werden jedoch die Möglichkeiten der Politiker zur Beeinflussung oder gar Lenkung der Kommunikationsströme eher skeptisch eingeschätzt (Meyer 2001).

In Abhängigkeit der genannten Dimensionen auf der Regierten- und Regierendenseite des Modells der Herrschaftskultur ergeben sich mit der Zeit für einen Herrschaftsraum spezifische Politikstile. In Zeiten gemäßigten sozialen Wandels stabilisieren sich die Erwartungen von Regierenden und Regierten gegenseitig, womit die auf die Gegenseite gerichteten Interpretationsleistungen innerhalb gefestigter Bahnen verlaufen. Rascher sozialer Wandel, eingeschränkte Steuerungsmöglichkeiten aufgrund internationaler Verflechtungen oder externe alternative Deutungsangebote können aber immer Anlass sein, die Stabilität etablierter Symbolinterpretationen zu gefährden.

3. Herrschaftskultur am Beispiel der bundesdeutschen Außenpolitik

Obwohl "Kultur" im allgemeinsprachlichen Verständnis eher etwas Umfassendes bedeutet, entfaltet das Konzept der Herrschaftskultur in kleineren Zusammenhängen eine stärkere analytische Kraft. Es lassen sich zwar auch großräumige, z.B. nationale Herrschaftskulturen identifizieren. Die Ausdifferenzierung von Politik in modernen Gesellschaften, aber auch die Geltungskraft internationaler Regimes führt jedoch dazu, dass Politikstile in einzelnen Politikfelder ganz unterschiedlichen Kräften ausgesetzt sind und nicht ohne weiteres zu aggregieren sind.

Deshalb soll hier anhand eines Politikfeldes – als Teil einer umfassenderen nationalen Herrschaftskultur – illustriert werden, wie symbolische Kommunikation zwischen Regierenden und Regierten vor sich gehen und wie das Konzept in der vergleichenden Regierungslehre erklärend angewendet werden kann. Das Beispiel der Außenpolitik, im folgenden vor allem abgehandelt an den Beziehungen zu den USA, ist dabei ebenso geeignet wie andere Politikfelder; ausgewählt wurde es wegen der leicht erkennbaren Mischung aus tradierten und dynamischen Merkmalen.

Die Außenpolitik der Bundesrepublik ist durch vereinzelte Phasen heftigen Konflikts gekennzeichnet. Unter Konrad Adenauer wurde gegen den anfänglichen Widerstand der SPD die Westbindung der jungen Bundesrepublik durchgesetzt. Mit der sozialliberalen Koalition wurde ab 1969 die Ostpolitik unter heftigem Protest der CDU/CSU-Opposition eingeläutet. Insgesamt wird die Außenpolitik der Bundesrepublik jedoch unter dem Siegel der Kontinuität gesehen (Rudzio 2000: 20); aus einer "stabilen Krise" (Hanrieder 1971) war bis zur Wiedervereinigung krisenfreie Stabilität geworden. Diese leitete sich nicht zuletzt daraus ab, dass neue Bundesregierungen, von denen es in der Geschichte der Bundesrepublik bekanntlich nicht viele gab, im Großen und Ganzen auch die strittigen Entscheidungen ihrer Vorgänger übernommen haben. Vor der Jahrtausendwende blieben die Leitlinien der deutschen Außenpolitik auch nach der Wiedervereinigung konstant: eine zurückhaltende Definition eigener Interessen innerhalb eines auf Westintegration, d.h. auf europäische Integration bei gleichzeitiger Betonung der transatlantischen Interessengemeinschaft gerichteten Politik (Pfetsch 1993; Schöllgen 2001).

Während der Nachkriegszeit waren die Beziehungen zu den USA eines der wichtigsten Elemente deutscher Außenpolitik. Im Modell der Herrschaftskultur betrachten lassen sich die Beziehungen zu den USA wegen des Symbolgehalts des Begriffs Amerika. Was ist an den USA das Symbolische? Hier kommt es darauf an, das Sinnbildliche vom Sinngehaltlichen zu trennen. Nicht nur die Handelsbeziehungen, die politischen Beziehungen oder andere harte Fakten der sozialen Interaktion prägen das Bild der USA auf Seiten der deutschen Politik. Die Vereinigten Staaten werden vielmehr als außenpolitischer Partner auch in ihrer Symbolkraft als Land der Freiheit und als Bollwerk gegen (nazistische und sowjetische) Diktaturen wahrgenommen.

Es gibt im deutschen Verständnis aber auch eine abweichende Linie. Ein unter anderem über Heinrich Heine oder Thomas Mann ("Betrachtungen eines Unpolitischen") transportiertes Bild sieht die USA als materialistischen, kulturlosen und gleichmacherischen Staat (vgl. Schwan 1999: 13ff.). Stilisiert und gegenüber der Vielfalt der realen kulturellen Austauschbeziehungen (Storti 2001) stehen die USA damit für folgende außenpolitische Ziele: Freiheit, Widerstand gegen Diktatur, Durchsetzung von Eigeninteressen bei gleichzeitigem – hier kommt die traditionelle Amerikakritik ins Spiel – Übersehen an und für sich unerwünschter Nebeneffekte wie gesellschaftlicher Ungleichheit und oligarchischer Tendenzen.⁴

⁴ In jüngerer Zeit werden beide Positionen fast sehr deutlich, allerdings nicht von deutscher Seite, repräsentiert von Robert Kagan XXX und Emmanuel Todd XXX. Während Kagan die Durchsetzung von Demokratie und Marktwirtschaft als rationalen Ausdruck der Politik der Supermachten propagiert, zieht Todd eine gerade Linie von der amerikanischen "Oligarchie" – bei

Auf den beiden Seiten – Regierte und Regierende – des Modells der Herrschaftskultur wird das Symbol Amerika nach unterschiedlichen Logiken interpretiert. In der *Soziokultur* der Bundesrepublik fand zunächst in vielen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens eine "Amerikanisierung" statt (Doering-Manteuffel 1995). Politisch wurden die USA von der Mehrheit der Regierten als Beschützer gesehen, der gleichzeitig einen wie aus der Zukunft stammenden Lebensentwurf repräsentierte: "Wo man noch zu Fuß oder bestenfalls mit dem Fahrrad unterwegs war, das stellte sich etwas wie Ehrfurcht ein, wenn die Straßenkreuzer aus Detroit katzenleise vorüberglitten" (Christian Graf von Krockow 1990, zitiert nach Schwan 1999: 28). Regelmäßig sahen in Umfragen mehr als die Hälfte der Deutschen die USA als "besten Freund Deutschlands" (Petersen 2003). Ab dem Ende der sechziger Jahre entstand dann allerdings bei Teilen der Bevölkerung ein wesentlich kritischeres Amerika-Bild, das neben den genannten anti-amerikanischen Motiven auch Amerika-Kritik etwa in Reaktion auf den Vietnam-Krieg oder die Lateinamerika-Politik beinhaltete (Moltmann 1976).

In der *Deutungskultur* spiegeln sich die unterschiedlichen Phasen, in die die US-amerikanische Politik auch infolge innenpolitischer Machtwechsel eintrat, deutlich wieder. In den 1950er Jahren wurde das USA-Bild schnell überwiegend positiv, nicht zuletzt wegen der vielfältigen Bemühungen der alliierten Macht, Deutsche in ausgedehnten Fulbright-Austauschprogrammen mit den Vorzügen des *american way of life* vertraut zu machen (Rupieper 1993). Als später die USA stärker als außenpolitischer Hegemon in der Dritten Welt gesehen wurden, wurde die Balance zwischen Pro- und Antiamerikanismus thematisiert. Joachim Fest und Arnulf Baring sahen in der Phase am Ende der alten Bundesrepublik ein Schwanken zwischen deutscher Selbstbesinnung und kritischer Anlehnung an die USA (vgl. Krause 1999; siehe Schwan 1999: 30). Dieser Spagat bestimmte die deutsche Deutungskultur auch während der Irakkrise im Jahre 2003. Während ein kleinerer Teil der deutschen Meinungsführer das Vorgehen der USA gegenüber dem Irak im Grundsatz billigte, sah die Mehrheit die "normative Autorität Amerikas in Trümmern" (so Jürgen Habermas in der FAZ vom 17.4.2003).

Auf Regierendenseite wurden die USA in der Geschichte der Bundesrepublik weniger ambivalent gesehen. Allerdings war der Beginn der bundesrepublikanischen Zeitrechnung keineswegs von dem späteren Einvernehmen geprägt. In den ersten Jahren traten die USA zunächst in der Rolle der Besatzungsmacht auf, die der Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg keine Souveränität zugestehen wollte. Den Anspruch auf Gleichberechtigung zeigte Konrad Adenauer, als er 1949 bei der vor den Hohen Kommissaren und dem besonders deutschlandkritischen John McCloy auf dem Bonner Petersberg darauf bestand, als quasi-souveräner Vertreter der Bundesrepublik auf dem Teppich das erste Bundeskabinett vorzustellen – nach den Protokollvorstellungen der Alliierten hatte der deutsche Bundeskanzler vor dem Teppich stehen zu bleiben (Schwarz 1994: 674, 678 (Bd. 1)).

Im Fortlauf des Kalten Krieges entwickelten sich die USA jedoch zum wichtigsten Garanten der Bundesrepublik. Dies hatte zur Folge, dass deutsche Regierungen nur äußerst geringe Spielräume beim Abweichen von

außenpolitischen Doktrinen der USA hatten. Faktisch konnte keine außenpolitische Entscheidung von Gewicht gegen die Position der USA getroffen werden. Vielleicht das beste Beispiel ist die deutsche Unterstützung der Strategie der doppelten Abschreckung ab den späten 1970er Jahren. Zunächst konnte Bundeskanzler Helmut Schmidt mit seinen Warnungen vor dem wachsenden Potential der Mittelstrecken-Waffen der Warschauer-Pakt-Staaten in Washington kein rechtes Gehör finden. Als die Nachrüstung aber von der Administration Ronald Reagans (ab 1981) durchgesetzt wurde, bestanden innenpolitisch fast keine Manövriermöglichkeiten mehr. Trotz des bedeutenden Widerstands in den eigenen Reihen musste der Entschluss selbst mit dem Risiko des späteren Regierungsverlusts mitgetragen werden (Thränhardt 1996: 248ff.).

Die andere Positionierung der Eliten gegenüber den USA liegt indes nicht nur an deren strategisch herausgehobener und verantwortungslastigeren Stellung. Vielmehr lassen sich auf allen Ebenen des Modells der Herrschaftskultur Elemente benennen, die eine USA-orientierte Neigung des Handlungsverständnisses der Regierenden befördern. Die *Elitenrekrutierung* in der bundesdeutschen Außenpolitik, speziell im Auswärtigen Dienst, läuft über eines der wenigen wettbewerbsmäßig organisierten Auswahlverfahren im deutschen öffentlichen Dienst. Dadurch haben die Parteien, die näher an der gegenüber Amerika ambivalenten Bevölkerung sitzen, kaum einen Zugriff auf das Diplomatenskorps. Dieses hingegen kann die Nachwuchsrekrutierung nach den Kontinuitätslinien der deutschen Außenpolitik ausrichten und die in der Tendenz freundliche Grundhaltung gegenüber dem lange Zeit wichtigsten Partner Deutschlands stabilisieren (Brandt/Buck 2002). Neben dieser institutionellen Eigenart wurde auch nachgewiesen, dass die USA in den Amerika-Häusern und den Austauschprogrammen ein besonderes Augenmerk zur Förderung potentieller außenpolitischer Eliten gelegt und damit die in Teilen der anti-amerikanisch eingestellten Bevölkerung gepflegten Vorurteile abgebaut haben (Bungenstab 1971).

Insgesamt war es in Anbetracht der Nazi-Vergangenheit selbstverständlich, dass deutsche politische Eliten – trotz des Anspruchs, auf den Teppich der Ost-West-Geschichte zurückgeholt zu werden – ihre außenpolitischen Interessen eher defensiv formulierten. Insgesamt wird mit der deutschen Außenpolitik eine Doktrin der zurückhaltenden Interessenausübung verbunden (Katzenstein 2000). *Institutionell* spielte hier eine Rolle, dass die Außenpolitik in den ersten Jahren der Bundesrepublik allein an das Kanzleramt gebunden war. In den ersten Jahren ihres Bestehens verfügte die Bundesrepublik wegen der fehlenden Souveränität über gar keinen Außenminister, nach 1955 bekleidete zunächst Adenauer selbst das Amt. Über den obersten Repräsentanten des Kriegsverlierers stand die deutsche Außenpolitik damit von Anfang an im Wind der Realpolitik. Die traditionell stark vertretenen konservativen und nationalliberalen Eliten des früheren Außenamts mit seiner amerikaskeptischen Tradition wurden damit von Anbeginn an den Rand gedrängt. Als dann später die Außenpolitik auf eigene Füße gestellt wurde und z.B. mit Willy Brandt oder Hans-Dietrich Genscher auch gewichtige Außenminister eingesetzt wurden, mussten sich diese mit der in der deutschen Geschichte neuen amerikafreundlichen Linie des Außenministeriums abfinden.

Damit ist ein weiteres institutionelles Element der deutschen Außenpolitik angesprochen: die traditionell in Koalitionen organisierte Form deutscher Regierungen. Dies könnte zunächst vermuten lassen, über den Umweg kleiner

Koalitionspartner fänden die latent amerikakritischen Elemente der Soziokultur Eingang in Regierungshandeln. Dagegen spricht jedoch die spezifische Zusammensetzung bundesdeutscher Regierungskoalitionen der Nachkriegszeit. Mit kurzen Ausnahmen in den 1950er und 1960er Jahren war es bis 1998 die liberale FDP, die als Juniorpartner in der Regel den Außenminister stellte. Die FDP hatte bis in die sechziger Jahre ihren nationalliberalen Flügel marginalisiert und ihren Schwerpunkt in einem innenpolitisch liberalen und auf die Marktwirtschaft ausgerichteten Programm gefunden (Lösche/Walter 1996).

Beides vereinte sich bestens mit der freiheitlichen Ideologie der amerikanischen Politik. Faktisch hatten damit alle in die Realpolitik gezwungenen Bundeskanzler einen Außenminister an der Seite, der ideologisch nichts an einer Vorbildrolle der USA auszusetzen hatte. Dass der Charakter einer Koalitionsregierung die Außenpolitik gegenüber den USA tatsächlich beeinflussen kann, zeigte der Regierungswechsel von 1998. Joschka Fischer pflegt zwar keine amerikakritische oder gar anti-amerikanische Rhetorik. Über die Rückbindung an die in Teilen amerikakritische Haltung der Parteibasis der Grünen kommt dennoch ein neues Moment der offenen Austragung struktureller Konflikte in die deutsche Außenpolitik (Rudolf 2002).

Auch die vergangenen *Reaktionen der Bevölkerung* auf Elitenverhalten prägen das außenpolitische Handlungsverständnis der Regierenden. Bis weit nach der Wiedervereinigung war dieses auf der einen Seite davon geprägt, einerseits dem Mehrheitsgefühl der USA-Freundlichkeit zu entsprechen, andererseits die bei einer Minderheit vorherrschende amerikakritische Haltung auszunutzen. Solange die deutsch-deutsche Grenze die am meisten hochgerüstete Grenze Europas war, zahlte sich stets der symbolische Schulterchluss mit den USA aus. Auch ein in Deutschland eher skeptisch beäugter Präsident wie Ronald Reagan ließ sich für die Kohl/Genscher-Regierung einspannen, und ganz allgemein gehörte eine Reise zum Präsidenten der USA zum Wahlkampfprogramm jedes deutschen Spitzenpolitikers. Im Gegenzug hatten deutsche Politiker mit größerer Distanz zu den USA wie etwa Oskar Lafontaine ein Handicap wettzumachen, sobald sie die nationale Bühne betraten.

Von noch größerer Bedeutung sind jedoch Wählerreaktionen auf Seiten der amerikakritischen politischen Opposition gewesen. Nach dem Bedeutungsverlust der Nationalkonservativen und der Marginalisierung der anti-amerikanischen radikalen Rechten bis Ende der 1960er Jahre brachte Vietnam zunächst die SPD-Linke dazu, ihre Amerikakritik öffentlich zu äußern (Link 1981). Als sich dann in der Nachrüstungsdebatte zeigte, dass die bundesdeutsche Regierung nicht wirklich einen von den USA unabhängigen Kurs verfolgen konnte, stellte dies die SPD vor eine große Zerreißprobe. Die Parteilinke konnte nicht mehr integriert werden; den zur Partei umgeformten Grünen gelang die Profilierung und der Einzug in die Parlamente. Innerparteilich beförderte die Nachrüstung einen anhaltenden Vertrauensverlust zwischen Kanzler Helmut Schmidt und der Basis, der schließlich zu einer gänzlichen Destabilisierung und dem Verlust der Regierungsmehrheit führte (Rosolowsky 1987: 61ff.). Dieser Aspekt dürfte dem späteren Bundeskanzler Gerhard Schröder – damals ein unverhohlener Kritiker Schmidts – kaum verborgen geblieben sein und ein wichtiges Erklärungsmoment für die Beachtung innerparteilicher Geschlossenheit in der Frage des zweiten Irak-Kriegs darstellen.

Schaubild 2: Beispiel: Außenpolitische Herrschaftskultur der Bundesrepublik

Regiertenseite			Regierendenseite		
		<i>Raum für symbolische Kommunikation</i>			
Soziokultur <ul style="list-style-type: none"> • Vermeidung von Krieg als höchste Maxime • Wertschätzung des europäischen Integrationsprozesses 				Elitenrekrutierung <ul style="list-style-type: none"> • Gewählte Politiker: Primat der Innenpolitik • Diplomatisches Korps: politikfern, Doktrin der zurückhaltenden Interessenausübung 	
Deutungskultur <ul style="list-style-type: none"> • USA: Von der Schutzmacht zur einzigen Weltmacht • EU: vom Friedensbringer zum bürokratisierten und entscheidungsschwachen Regime 	→	Regierte:	→	Regierende:	
	→	Herrschaftsverständnis	←	Handlungsverständnis	←
	→		→		←
			←		←
					Institutionelle Ordnung <ul style="list-style-type: none"> • Kanzlerdemokratie • Koalitionsregierungen
					Vergangene Reaktionen der Regierten <ul style="list-style-type: none"> • NATO-Doppelbeschluss • Unterstützung für pro-europäischen Kurs
					Öffentliche Diskurse <ul style="list-style-type: none"> • Völkerrecht versus präventive Außenpolitik der USA • Außenpolitische Doktrin der Bundesrepublik

Insgesamt ist also für das Verständnis der deutschen Außenpolitik die Beachtung sowohl der Regierten- wie auch der Regierendenseite politischer Herrschaft notwendig (Schaubild 2). Das außenpolitische Herrschaftsverständnis gegenüber den USA ist geprägt durch das Vorhandensein der gegenläufigen Tendenzen der Dankbarkeit gegenüber dem Freiheitsbringer und der Skepsis angesichts der materialistischen und expansiven Supermacht. Solange der Bestand der Bundesrepublik von eben dieser Großmacht abhing, musste sich das Handlungsverständnis deutscher Außenpolitik affirmativ an den von den USA verkörperten freiheitlichen und anti-diktatorischen Idealen orientieren. Erst nach dem Wegfall der Bedrohung durch die Sowjetunion konnte sich das Handlungsverständnis dem Herrschaftsverständnis annähern und – dafür ist die Haltung gegenüber den USA in einem Bundestagswahlkampf immer noch wichtig genug – dessen Element der Widersprüchlichkeit übernehmen.

Das Bild der USA in der deutschen Bevölkerung hat sich indes mit dem zweiten Irakkrieg nochmals deutlich gewandelt. Im März 2003 assoziierten 54% der Deutschen mit "Amerikanern" Rücksichtslosigkeit und Gewalttätigkeit, 66% Hochmütigkeit. Auf der anderen Seite verbanden nur noch deutliche Minderheiten die Begriffe "ehrlich" (17%), "friedliebend" (18%) und "verantwortungsbewusst" (27%) mit Amerika. Bei allen genannten Begriffen haben sich die Einschätzungen der Deutschen gegenüber dem Referenzjahr 1991 sehr deutlich gewandelt (Petersen 2003).

Gewiss handelt es sich um eine Momentaufnahme, die von der seinerzeit aktuellen Missachtung der Vereinten Nationen durch die Administration George W. Bush und die verurteilende Haltung der deutschen Medien beeinflusst war. Auf der anderen Seite sind in beiden Parteien der rot-grünen Regierungskoalition

amerikakritische Positionen in einer vorher kaum vorstellbaren Weise geäußert und von den führenden Außenpolitikern eher vordergründig zurückgenommen worden. Auch in der CDU waren trotz einer Versöhnungsreise der Parteivorsitzenden Angela Merkel nach Washington im Februar 2003 amerikakritische Stimmen zu vernehmen. Deshalb haben sich mindestens vorübergehend auch wichtige Determinanten des Handlungsverständnisses gegenüber früheren Jahren deutlich geändert. Das lässt erwarten, mit dem nicht zuletzt aufgrund einer USA-kritischen Haltung gewonnenen Bundestagswahlkampf 2002 habe sich der symbolische Gehalt der USA in Richtung der "selektive(n) Weltherrschaft" (Czempiel 2002: 5) und den damit verbundenen negativen Narrativen verschoben.

4. Ausblick: Anwendungsbereiche des Konzepts für die Vergleichende Politikwissenschaft

Mit dem Konzept der Herrschaftskultur lassen sich über das Beispiel der deutschen Außenpolitik eine Reihe von Fragen der Vergleichenden Politikwissenschaft unter einem veränderten Blickwinkel neu stellen. Beim Vergleich von politischen Systemen, Politikfeldern oder anderen komplexen Variablen der Komparatistik wird nicht mit "gesellschaftlichen Realitäten", sondern mit deren Deutungen durch die beteiligten Akteuren gearbeitet (Schwelling 2003). Besonders bedeutet die Ausweitung der Analyse um die Ebene der Symbolinterpretation eine Bereicherung in solchen Fällen, in denen das Sinnbildliche allein kein vollständiges Bild untersuchter Variablen abgibt. Wenn also anerkannt wird, dass politische Akteure auf Seiten der Regierenden wie Regierten über Interpretationsfähigkeit im Hinblick auf vielschichtige Symbole verfügen, muss demnach eine systematische Untersuchung möglicher Sinngehalte – in Ergänzung zum sinnbildlichen Gehalt – dieser Symbole vorgeschaltet werden.

Die Verwendung des Modells der Herrschaftskultur bedeutet damit nicht die Aufnahme eines gänzlich neuen Paradigmas, so wie dies Vertreter der traditionellen *Cultural Studies* gern explizit und implizit fordern. Es geht vielmehr um eine vollständigere Erfassung von Variablen. Variablen und Indikatoren stellen immer eine Verkürzung und Verdichtung der sozialen Wirklichkeit dar. Bleiben wesentliche Bestandteile dieser Wirklichkeit ausgeblendet, steigt die Gefahr einer verschobenen Repräsentation der Wirklichkeit. In der vergleichenden Politikwissenschaft wird in der Regel viel Energie darauf verwandt, beim modellimmanenten Umgang mit Variablen keine Fehler zu machen. Weniger Aufmerksamkeit wird dagegen darauf verwandt, ob die Konzeption der gewählten Variablen die Wirklichkeit adäquat abbildet (Mair 1996: 327). In welchen Bereichen verspricht die Ausweitung um eine herrschaftskulturelle Ebene zusätzliche Erkenntnismöglichkeiten? Hierzu abschließend einige Erörterungen an etablierten Analysekatoren der vergleichenden Politikwissenschaft.

Der Begriff der *Demokratie* beispielweise enthält eine weit über das Sinnbildliche hinausgehende sinngehaltliche Dimension. Anhand verschiedener Formen und Modelle der Demokratie lässt sich nachvollziehen (Held 1996), wie sich Demokratie auf die politischen Ideale der Freiheit, der Gleichheit, der

Gerechtigkeit oder Solidarität in unterschiedlichen Mischungen beziehen kann. Eine wichtige Unterscheidung der systemischen Demokratieforschung zwischen diffuser und spezifischer Unterstützung zielt in diese Richtung. Traditionell wird damit erklärt, warum Bevölkerungen zufrieden mit der Regimeform der Demokratie, jedoch unzufrieden mit den vom Regime erbrachten Politikleistungen sein können (Easton 1965; Pollack 1997; Klingemann/Hofferbert 1998). Anders formuliert: die Unterstützung der Regierten kann sich in diffuser Weise auf die Ideale der Demokratie – also etwas Sinngehaltliches – richten, während dieselben Regierten gleichzeitig die (sinnbildliche) Leistungsfähigkeit der Demokratie skeptisch einschätzen können.

An dieser Stelle hat der herrschaftskulturell geübte Blick jedoch einzuhaken. Wird das Konzept der "Demokratie" in unterschiedlichen kulturellen Umfeldern nicht auch in unterschiedlicher Weise verstanden? Muss nicht berücksichtigt werden, dass die Demokratie in vielen westeuropäischen Staaten eine eigene Errungenschaft darstellt, während sie in anderen (Deutschland, Italien) von außen und zunächst gegen beträchtliche Widerstände durchgesetzt werden musste? Macht es nicht einen Unterschied, ob ein demokratisches Regime traditionell auf gesellschaftliche Solidarität (Skandinavien) oder auf individuelle Eigenverantwortung (Großbritannien, USA) setzt?

Herrschaftskulturell lässt sich hier argumentieren, dass nicht nur wie bei Easton oder Dahl zwischen der idealen und realen Demokratie unterschieden werden muss. Vielmehr müssen auch kulturell kontingente sinngehaltliche Demokratiemodelle gegeneinander abgegrenzt werden. Wenn also selbst innerhalb der Europäischen Union die diffuse Unterstützung ganz unterschiedlich ausfällt, ist dies wenig überraschend. Die traditionell mit der Demokratie zufriedenen skandinavischen Bevölkerungen begrüßen ein (ideales) Modell der gesellschaftlichen Lastenteilung, während die traditionell unzufriedenen Südeuropäer einem (idealen) Modell der patrimonialen Zuwendung skeptisch gegenüber stehen. Für bestimmte Fragestellung erscheint es aus dieser Perspektive unerlässlich, "Demokratie" nicht als kulturell unabhängigen Begriff zu definieren (Beichelt 2003: 71).

Eine Unschärfe anderer Art lässt sich am Begriff des *Staates* festmachen. Wenn der neuzeitliche Staat als "Handlungssubjekt mit eigenem Willen" (Schmidt 1995: 897) definiert wird, sind die Beziehungen der Regierende und der Regierten zum Staat streng voneinander zu trennen. Hier verstehen nicht Individuen in verschiedenen Herrschaftskulturen ein Konstrukt auf unterschiedliche Weise. Vielmehr entscheidet die Stellung im Herrschaftssystem darüber, ob ein Individuum dem Staat dient, von diesem mit Transferzahlungen bedient wird oder über eine Arbeitsstelle im öffentlichen Sektor am Staat verdient.

In Deutschland scheinen nicht zuletzt unterschiedliche Vorstellungen des Symbols "Staat" für die langsame Verwirklichung sozialstaatlicher Reformen verantwortlich. Auf Seiten der Regierten gilt die staatliche Fürsorgepflicht gegenüber sozial Schwachen als zentrale Aufgabe des Staates (Sontheimer/Bleek 1997: 184f.). Für die Regierenden war es in den langen Jahren des wachsenden deutschen Wohlfahrtsstaats vergleichsweise leicht, dieses Ziel mitzuverfolgen. Seit das Wachstum des Wohlfahrtsstaats jedoch an systemische und fiskalische Grenzen gestoßen ist, müssen sich die Regierenden mehr und mehr mit der Begrenztheit der zu verteilenden Ressourcen auseinandersetzen; in fast allen Wohlfahrtsstaaten gibt es eine Tendenz zu "finanziellen Konsolidierungsbemühungen" (Schmid 2002: 105ff.). Wenn dann jedoch die

Regierenden über die Herrschaftskultur an das Herrschaftsverständnis der Regierten rückgekoppelt sind, konvergieren widersprüchliche Interessen. Es handelt sich um einen Gegensatz auf der symbolischen Ebene: der Staat steht gleichzeitig für Fürsorge und für Einschränkung der Fürsorge.

Entgegengesetzt verhält es sich beim Umgang der Deutschen mit dem Symbol *Europa*. Ähnlich wie beim Beispiel USA lässt sich "Europa" zum einen sinnbildlich als politische und geographische Entität verstehen, die nach dem Zweiten Weltkrieg zusammengewachsen ist, bis sie von den Akteuren der beteiligten Regierungen als "immer engere Union der Völker Europas" (so die Präambel des Maastrichter Vertrages) definiert wurde. Zum anderen transportiert Europa jedoch einen Sinngehalt, der sich mit einer "historischen Einheit, dem Land der Kultur, einem Ort konstanten [...] Austauschs [...] unterschiedlicher Völker mit gemeinsamen Wurzeln" beschreiben lässt. So empfinden es jedenfalls die Europäer,⁵ die 2001 in einer großen Umfrage unter anderem zu ihren subjektiven Identitätsgefühlen befragt wurden (OPTEM 2001: 8).

Insgesamt steht die deutsche Bevölkerung daher, und das belegen auch die langjährigen Umfragen des Eurobarometer, dem Prozess der europäischen Einigung wohlwollend gegenüber. Das ermöglicht es den Regierenden, den Regierten anders als in der Sozialpolitik auch solche Entscheidungen schmackhaft zu machen, die mit materiellen Nachteilen verbunden sind. Die Tatsache, dass die Bundesrepublik mit Abstand der größte Einzahler in den EU-Haushalt ist und vom Wohlfahrtsniveau vergleichbare Staaten wie Dänemark oder Frankreich sogar als Empfängerländer fungieren, hat auf Seiten der Regierten kaum Proteste ausgelöst. Die traditionell freundliche Ausrichtung der deutschen Bevölkerung auf das Symbol "Europa" verhindert das Aufbrechen eines Konfliktpotenzials, welches angesichts der Tatsache, dass das deutsche Regierungssystem mit dem europäischen aufs engste verflochten ist (Sturm/Pehle 2001), dem Konfliktpotenzial um das Symbol "Staat" sicher vergleichbar ist.

Zuletzt zeigt das Symbol "Europa", dass in der Welt jenseits des Nationalstaats der Referenzraum für kulturelle Zuweisungen kontingent ist. In der klassischen Anthropologie (z.B. bei Benedict 1955 (1934)) wird unzweifelhaft unterstellt, dass geteilte Symbolsysteme nur auf kleine kulturelle Einheiten, z.B. Dörfer oder (klein)städtische Gemeinschaften, zurückgeführt werden können. Mit der Durchsetzung der Massenkommunikationsmedien ist jedoch die Verbreitung großflächiger Symbolinterpretationen möglich geworden. Im Zuge der Internationalisierung von Handels- und kulturellen Austauschbeziehungen findet darüber hinaus oberhalb der nationalstaatlichen Ebene ein Kulturwandel statt (Winter 2000), der im Hinblick auf manche Symbole auf globaler Ebene ähnliche Interpretationsmuster hervorruft.

Für die meisten politischen Symbole erscheint indes der Nationalstaat der wichtigste Bezugsrahmen. Bei Betrachtung der Herrschaftskulturen drängt sich sogar der Eindruck auf, aus deutscher Sicht sei der Prozess der ökonomischen Globalisierung und politischen Internationalisierung gar nicht so fortgeschritten, wie bisweilen unterstellt wird (Zürn 1998). Vor Europawahlen finden nationale Wahlkämpfe mit eher schwachem Bezug zur konstituierenden Einheit "Europa" statt. Ein Bezugssystem von europäischen Regierenden zu europäischen Regierten

⁵ Genauer: die "Europäer des Südens", die sich darin von den sich eher national identifizierenden Nordeuropäern unterscheiden (OPTEM 2001: 8f.).

existiert nicht zuletzt deshalb nicht, weil es sehr wenige übernationale politische Symbole gibt. Bisweilen und mit Vorliebe von den Europäischen Institutionen wird der Euro zum Identitätssymbol ernannt. Darüber hinaus ist aus der Binnensicht der Bundesrepublik aber kein wirklich gewichtiges realpolitisches Symbol in Sicht, das seinen Ursprung nicht in der nationalen Arena hätte. Mittelfristig könnte sich dies ändern, wenn in der immer stärker werdenden ersten Säule der EU europäische Konflikte ausgetragen werden müssen, die über eine Personalisierung Möglichkeiten der symbolischen Bezugnahme bieten.

Insgesamt ergeben sich mit dem Konzept der Herrschaftskultur eine Reihe analytischer Perspektiven auf eine soziale Welt, in der Interaktionsbeziehungen und damit durch (politische) Akteure interpretierte Tatsachen eine Rolle spielen. Soziale Tatsachen repräsentieren eine eindeutige Wirklichkeit, wenn deren Interpretation kein Problem im Sinne der Möglichkeit unterschiedlicher Deutungsmuster – oder mehrdimensionaler Sinngehalte – darstellt. Interpretieren Individuen ein lediglich vordergründig einheitliches Konstrukt wie den "Staat" oder die "Demokratie" hingegen mit unterschiedlichen Ergebnissen, kann erst eine Nachinterpretation den in ein Symbol gelegten Sinn verständlich machen. Wenn in einem Forschungsdesign der Raum symbolischer Kommunikation berührt wird, ist die Einbeziehung interpretativer Elemente unerlässlich.

Der Forschungsprozess wird dadurch nicht vereinfacht. Nicht nur muss das symbiotische Wechselverhältnis zwischen Regierenden und Regierten nachgezeichnet werden, indem die Interpretationsleistungen von Herrschern und Beherrschten rekonstruiert werden. Hinzu kommt die Perspektive des externen Interpreten, also die Perspektive des Sozialwissenschaftlers als eines Beobachters zweiter Ordnung (Luhmann 1999 (1995): 38). In theoretischer Hinsicht wurden hier im Ansatz des symbolischen Interaktionismus die einschlägigen Vorarbeiten geleistet (Blumer 1973; Mead 1973 (1934)). Für dessen Anwendung in der empirisch orientierten Forschung hat sich indessen auch der *mainstream* der deutschen Soziologie nicht erwärmen können. Insofern ist die deutsche Politikwissenschaft nicht die einzige Sozialwissenschaft, der die nachhaltige Inspirierung durch kulturwissenschaftliche Überlegungen noch bevorsteht.

5. Literatur

- Almond, Gabriel / Verba, Sidney, 1963: *The Civic Culture*. Newsbury Park: Sage.
- Armingeon, Klaus, 1994: *Staat und Arbeitsbeziehungen. Ein internationaler Vergleich*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Ash, Timothy Garton, 1999/2000: *Zehn Jahre danach*. In: *Transit*, no. 18, S. 5-16.
- Beichelt, Timm, 2003: *Herrschaftskultur: ein Konzept zur kulturwissenschaftlichen Öffnung der Vergleichenden Politikwissenschaft*. In: *Berliner Debatte Initial*, vol. 14, no. 1, S. 60-74.
- Benedict, Ruth, 1955 (1934): *Urformen der Kultur*. Reinbeck: Rowohlt.
- Beyme, Klaus von, 1993: *Die politische Klasse im Parteienstaat*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Blumer, Herbert, 1973: *Der methodologische Standort des symbolischen Interaktionismus*. In: *Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.):*

- Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 80-146.
- Bourdieu, Pierre, 1982: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Brandt, Enrico / Buck, Christian, 2002: Auswärtiges Amt. Diplomatie als Beruf. Opladen: Leske+Budrich.
- Bromley, Roger / Göttlich, Udo / Winter, Carsten (Hrsg.), 1999: Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung. Lüneburg: zu Klampen.
- Bungenstab, Karl-Ernst, 1971: Entstehung, Bedeutungs- und Funktionswandel der Amerika-Häuser. Ein Beitrag zur Geschichte der amerikanischen Auslandsinformation nach dem 2. Weltkrieg. In: Jahrbuch für Amerikastudien, vol. 16, S. 189-204.
- Cassirer, Ernst, 1990: Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur. Felix Meiner: Hamburg.
- Castles, Francis G., 1993: Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies. Aldershot: Dartmouth.
- Castles, Francis G., 1998: Comparative Public Policy. Patterns of Post War Transformation. Cheltenham: Elgar.
- Czempiel, Ernst-Otto, 2002: Die amerikanische Weltordnung. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, no. B 48/2002, S. 3-6.
- Denni, Bernard, 1993: Les élites en France. In: Dominique Chagnollaud (Hrsg.): La vie politique en France. Paris: Seuil, S. 418-431.
- Doering-Manteuffel, Anselm, 1995: Dimensionen von Amerikanisierung in der deutschen Gesellschaft. In: Archiv für Sozialgeschichte, vol. 35, S. 1- 34.
- Döring, Herbert, 1999: Bürger und Politik - die "Civic Culture" im Wandel. In: Hans Kastendiek / Karl Rohe / Angelika Volle (Hrsg.): Großbritannien. Geschichte - Politik - Wirtschaft - Gesellschaft. Frankfurt: Campus, S. 163-177.
- Dörner, Andreas, 2001: Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Easton, David, 1965: A Systems Analysis of Political Life. New York: John Wiley & Sons.
- Habermas, Jürgen, 1962: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Darmstadt / Neuwied: Luchterhand.
- Hanrieder, Wolfram F., 1971: Die stabile Krise. Ziele und Entscheidungen der bundesrepublikanischen Außenpolitik 1949-1969. Düsseldorf: Bertelsmann.
- Held, David, 1996: Models of Democracy. Cambridge: Polity Press.
- Inglehart, Ronald, 2000: Culture and Democracy. In: Lawrence E. Harrison / Samuel P. Huntington (Hrsg.): Culture Matters. How Values Shape Human Progress. New York: Basic Books, S. 80-97.
- Katzenstein, Peter, 2000: Gezähmte Macht: Deutschland in Europa. In: Michèle Knodt / Beate Kohler-Koch (Hrsg.): Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung. Frankfurt: Campus, S. 57-84.
- Kitschelt, Herbert / Streeck, Wolfgang, 2003: From Stability to Stagnation: Germany at the Beginning of the Twenty-First Century. In: West European Politics, vol. 26, S. im Erscheinen.
- Klingemann, Hnas-Dieter / Hofferbert, Richard I., 1998: Remembering the Bad Old Days. Human Rights, Economic Conditions, and Democratic Performance in Transitional Regime. Berlin: Discussion Paper FS III 98-203.

- Krause, Peter, 1999: Amerikakritik und Antim Amerikanismus in der deutschen Presse am Beispiel der Berichterstattung zur Grenada-Intervention und zum Golfkrieg. In: Gesine Schwan (Hrsg.): Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Baden-Baden: Nomos, S. 248-273.
- Landes, David, 2000: Culture Makes Almost All the Difference. In: Lawrence E. Harrison / Samuel P. Huntington (Hrsg.): Culture Matters. How Values Shape Human Progress. New York: Basic Books, S. 2-13.
- Link, Werner, 1981: Demokratische Staatsordnung und außenpolitische Orientierung. Die Einstellung zu den USA als Problem der deutschen Politik im 20. Jahrhundert. In: Lothar Albertin / Werner Link (Hrsg.): Politische Parteien auf dem Weg zur parlamentarischen Demokratie in Deutschland. Düsseldorf: Westdeutscher Verlag, S. 63-89.
- Lipset, Seymour, 1992: The Centrality of Political Culture. In: Arend Lijphart (Hrsg.): Parliamentary versus Presidential Government. Oxford: Oxford University Press, S. 207-211.
- Lösche, Peter / Walter, Franz, 1996: Die FDP. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Luhmann, Niklas, 1999 (1995): Kultur als historischer Begriff. In: Niklas Luhmann (Hrsg.): Gesellschaftsstruktur und Semantik. Studien zur Wissenssoziologie der modernen Gesellschaft. Band 4. Frankfurt: Suhrkamp, S. 31-54.
- Mair, Peter, 1996: Comparative Politics: An Overview. In: Robert E. Goodin / Hans-Dieter Klingemann (Hrsg.): A New Handbook of Political Science. Oxford: Oxford University Press, S. 309-335.
- Mead, George H., 1973 (1934): Geist, Identität und Gesellschaft. Frankfurt: Suhrkamp.
- Meyer, Thomas, 2001: Mediokratie. Die Kolonisierung der Politik durch die Medien. Frankfurt: Suhrkamp.
- Mills, Charles Wright, 1962: Die amerikanische Elite. Hamburg: Holsten-Verlag.
- Niejahr, Elisabeth / Pörtner, Rainer, 2002: Joschka Fischers Pollenflug und andere Spiele der Macht. Frankfurt: Eichborn.
- OPTEM, S.A.R.L., 2001: Perceptions de l'Union Européenne. Attitudes et Attentes à son égard. Bruxelles: Internet:
http://europa.eu.int/comm/public_opinion/quali/ql_perceptions_fr.pdf.
- Petersen, Thomas, 2003: Gefährdete Freundschaft. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, no. 19.3.2003, S.
- Pfetsch, Frank R., 1985: Verfassungspolitik der Nachkriegszeit. Theorie und Praxis des bundesdeutschen Konstitutionalismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Pfetsch, Frank R., 1993: Die Außenpolitik der Bundesrepublik 1949-1992, 2. Auflage. München: Fink.
- Pollack, Detlef, 1997: Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, no. B13, S. 3 - 13.
- Pollack, Detlef / Wielgohs, Jan, 2000: Politische Kultur und demokratische Konsolidierung. Kritische Anfragen an das Konzept der politischen Kulturforschung zu postsozialistischen Gesellschaften. In: Berliner Debatte Initial, vol. 11, no. 5/6, S. 65-75.
- Rohe, Karl, 1987: Politische Kultur und der kulturelle Aspekt von politischer Wirklichkeit. Konzeptionelle und typologische Überlegungen zu Gegenstand und Fragestellung Politischer Kultur-Forschung. In: Dirk

- Berg-Schlosser / Jakob Schissler (Hrsg.): Politische Kultur in Deutschland. Bilanz und Perspektiven der Forschung. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 39-49.
- Rohe, Karl, 1994: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten. 2. Auflage. Stuttgart: Kohlhammer.
- Rosolowsky, Diane, 1987: West Germany's Foreign Policy. The Impact of the Social Democrats and the Greens. New York: Greenwood.
- Rudolf, Peter, 2002: Deutschland und die USA - eine Beziehungskrise. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, no. B 48/2002, S. 16-23.
- Rudzio, Wolfgang, 2000: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. 5. Auflage. Opladen: Leske+Budrich.
- Rupieper, Hermann-Josef, 1993: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie. Der amerikanische Beitrag. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sachs, Jeffrey, 2000: Notes on a New Sociology of Economic Development. In: Lawrence E. Harrison / Samuel P. Huntington (Hrsg.): Culture Matters. How Values Shape Human Progress. New York: Basic Books, S. 29-43.
- Schmid, Josef, 2002: Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Opladen: Leske+Budrich.
- Schmidt, Manfred G., 1995: Wörterbuch zur Politik. Stuttgart: Kröner.
- Schöllgen, Gregor, 2001: Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland. Zweite Auflage. München: Beck.
- Schwan, Gesine, 1999: Antikommunismus und Antiamerikanismus in Deutschland. Baden-Baden: Nomos.
- Schwarz, Hans-Peter, 1994: Adenauer. Zwei Bände. München: dtv.
- Schwelling, Birgit, 2003: Der kulturelle Blick auf politische Phänomene. Theorien, Methoden, Fragestellungen. In: Birgit Schwelling (Hrsg.): Politikwissenschaft als Kulturwissenschaft. Opladen: Leske+Budrich, S. im Erscheinen.
- Sontheimer, Kurt / Bleek, Wilhelm, 1997: Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, völlig überarbeitete Neuausgabe. München: Piper.
- Storti, Craig, 2001: Old World, New World. Bridging Cultural Differences: Britain, France, Germany and the U.S. Yarmouth: Intercultural Press.
- Sturm, Roland / Pehle, Heinrich, 2001: Das neue deutsche Regierungssystem. Opladen: Leske+Budrich.
- Thompson, Michael / Grendstad, Gunnar / Selle, Per (Hrsg.), 1999: Cultural Theory as Political Science. London / New York: Routledge.
- Thränhardt, Dietrich, 1996: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, erweiterte Neuausgabe. Frankfurt: Suhrkamp.
- Weber, Max, 1980 (1921): Wirtschaft und Gesellschaft. Tübingen: J.C.B. Mohr.
- Winter, Carsten, 2000: Kulturwandel und Globalisierung. Eine Einführung in die Diskussion. In: Caroline Y. Robertson / Carsten Winter (Hrsg.): Kulturwandel und Globalisierung. Baden-Baden: Nomos, S. 13-73.
- Zürn, Michael, 1998: Regieren jenseits des Nationalstaates. Frankfurt: Suhrkamp.